

Positionspapier Afghanistan

Die Diskussion um den Afghanistaneinsatz hat mit dem Luftschlag auf zwei Tanklaster vom 3. auf den 4. September wieder an Intensität gewonnen. Der deutsche Oberst Georg Klein hat den Luftschlag angefordert; dabei starben 137 Menschen. Der Verteidigungsminister zu Guttenberg hat daraufhin eine Diskussion um die Neubewertung des Einsatzes begonnen, mit dem Ziel mehr Rechtssicherheit für Soldaten zu schaffen. Statt von einem Stabilisierungseinsatz zu sprechen, soll der Einsatz in Zukunft als „nicht-internationaler bewaffneter Konflikt“ deklariert werden. Damit würde der Einsatz in Zukunft dem Völkerstrafgesetzbuch unterliegen. Dies würde die Spielräume für die Bundeswehr erweitern. Schon jetzt gibt es erste Anzeichen dafür, dass das Verfahren gegen Oberst Klein auf Grund der Neubewertung eingestellt werden könnte.

Am 28. Januar tagt in London eine Afghanistan-Konferenz, auf der über eine neue Strategie für den Einsatz in Afghanistan beraten werden soll. Die USA haben als Teil einer neuen Strategie bereits eine Truppenerhöhung um 30.000 Soldaten beschlossen und erwartet auch von den europäischen Verbündeten hier nachzuziehen. Derzeit liegt auf Grundlage des im Dezember beschlossenen Mandats die Obergrenze für das deutsche Kontingent bei 4.500. Die NATO forderte Mitte Dezember 3.000 zusätzliche Soldaten für Nordafghanistan, wo die Bundeswehr das Regionalkommando inne hat. Die Bundesregierung will diese Frage erst nach der Konferenz entscheiden. Für eine weitere Erhöhung wäre ein neues Mandat notwendig.

Diskussionsstand innerhalb der SPD: Die SPD veranstaltet am 22. Januar ein internationales Hearing zu Afghanistan. Danach soll der Parteivorstand einen Beschlussvorschlag erarbeiten, der an die SPD-Gliederungen zur Diskussion gegeben wird. Ziel ist es, der SPD-Fraktion bis Ende Februar einen Beschluss zu unterbreiten auf dessen Basis Gespräche mit der Regierung aufgenommen werden könnten. Sigmar Gabriel hat gegenüber der Presse bereits einen Abzug der Truppen ab 2011 angedeutet. Außerdem lehnt er wie Frank-Walter eine Erhöhung der Kampftruppen ab.

Wir Jusos fordern aufgrund der aktuellen Ereignisse:

1. Wir fordern eine ehrliche, offene und transparente Debatte in Deutschland darüber, was die Bundeswehr in Afghanistan im Rahmen ihres Mandats tatsächlich macht und im Rahmen des humanitären Völkerrechts machen darf.
2. Wir fordern, dass die Bundeswehr im Rahmen ihres Mandats für einen besseren Schutz der Zivilbevölkerung eintritt.

3. Wir fordern, dass in Afghanistan der Aufbau staatlicher Institutionen deutlicher voran getrieben wird. In der Diskussion um den Afghanistaneinsatz wird als positive Alternative fast nur die Ausbildung von Polizeikräften genannt. Sicherheit für die Bevölkerung ist allerdings nicht allein mit der Ausbildung von Polizeikräften zu haben. Ohne eine rechtsstaatliche Ordnung bringt die Ausbildung von mehr Polizeikräften nicht den gewünschten Erfolg und es besteht die Gefahr, dass man neue Milizen aufrüstet. Deshalb ist es unerlässlich, dass die Maßnahmen zum Aufbau eines Rechtsstaats und die Ausbildung von Polizeikräften besser aufeinander abgestimmt werden.
4. Der Aufbau ziviler Maßnahmen muss massiv voran getrieben werden. Wir fordern, dass die Mittel für die Entwicklungshilfe und den zivilen Wiederaufbau Afghanistans massiv erhöht werden. Wir fordern einen klar erkennbaren Strategiewechsel vom militärischen Schwerpunkt zum Vorrang des Zivilen, dies muss sich in der Finanzierung widerspiegeln. Mindestens 50% der Gelder müssen in den zivilen Wiederaufbau gehen. Wir lehnen zusätzliche militärische Aufgaben für die Bundeswehr und eine Aufstockung der Truppenkontingente ab.
5. Wir erwarten von der Bundesregierung, dass sie ein eigenes Afghanistan-Konzept vorlegt, auf dessen Basis sie in London verhandeln will. Wir erinnern, dass es unter anderem der Vorschlag von Bundeskanzlerin Angela Merkel war, diese Konferenz abzuhalten.
6. Wir fordern von der Bundesregierung, bei der Konferenz in London einen klaren Ablaufplan für die zu erreichenden Ziele und eine daraus folgende Exit-Strategie für Afghanistan einzufordern. Ziel muss es sein mit dem schrittweisen Abzug der Bundeswehr ab 2011 zu beginnen.
7. Wir fordern, den afghanischen Präsidenten Hamid Karsai auf, Korruption und den Drogenanbau, durch den sich vor allem die Taliban finanzieren, effektiv zu bekämpfen. Der ärmeren Bevölkerung in Afghanistan müssen Angebote gemacht werden, um aus dem Drogenanbau auszusteigen und gleichzeitig ihre Familien ernähren zu können.
8. Eine Neubewertung des Einsatzes darf grundsätzlich nur auf Grundlage einer kritischen Auseinandersetzung mit der Situation in Afghanistan und der Vorlage einer neuen politischen Gesamtstrategie erfolgen. Im Moment ist nicht erkennbar wie eine Ausweitung der Befugnisse der Bundeswehr zu mehr Sicherheit für die afghanische Bevölkerung und zu einer Stabilisierung der Region führt. Deshalb lehnen wir eine Neubewertung ab.

9. Der angeordnete Luftschlag war unverhältnismäßig. Dies zeigen neue Beweise. Der Fall muss sowohl vor Gericht, als auch im Untersuchungsausschuss des Bundestages ehrlich aufgearbeitet werden. Aus den Ergebnissen müssen Konsequenzen gezogen werden. Die Aufarbeitung mit der Neubewertung des Einsatzes zu beenden ist zynisch und falsch. Die SPD darf so eine Politik nicht unterstützen.

Wir fordern im Allgemeinen eine ergebnisoffene Diskussion innerhalb der Partei zum Thema: Auslandseinsätze der Bundeswehr. Hier muss eine Leitlinie für den Umgang mit Auslandseinsätzen der Bundeswehr erarbeitet werden. Ziel sollte es sein, dass die SPD wieder zu einer wirklichen Friedenspartei wird.